

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riessa,
Gernus Nr. 20.

Das Riessaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riessa, des Finanzamts Riessa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkassentkonto: Dresden 1434
Stroßstraße Riessa Nr. 52.

Nr. 296.

Dienstag, 22. Dezember 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riessaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Gelingen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (5 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitrauher und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Demüßiger Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riessa. Adressierte Unterhaltungsbeilagen, Erzähler am der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riessa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riessa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riessa.

Pariser Weihnachtserzen.

Paris hat sich einige Kerzen an seinen Weihnachtsbaum gestellt. Nicht kleine Kerzen, aber immerhin, sie leuchten und erhellen das Dunkel der Verheerung und lassen schemenhaft die Umrisse der Wahrheit erkennen. Die wirtschaftliche Entwicklung ist der beste Erziehungsfaktor. Politik, die gefühlsmäßige Einstellung eines ganzen Volkes, nationale Eitelkeit, alle diese Dinge verschwinden oder beugen sich, wenn das gewaltige Mähdreih der weltbewegenden Wirtschaft seinen Weg unbetrübt durch die Menschlein und die kleinen Volkstücker fortsetzt. Frankreich reißt das Messer an der Kehle. Sein Etat, behaftet durch die Ausgaben, die eine ausgeprägte Macht- und Gewaltpolitik verursacht, ist in Unordnung geraten, seine guten Entente-freunde, die Gläubiger, drängen mit der Schuldentilgung und seine Saluta sinkt und droht zu einer Katastrophe zu werden, die uns in Deutschland ja nicht so ganz unbekannt ist. Was ist denn der ganze französische Veröhnungsge-danke? Sicherlich nicht eine Gefühlsregung. Nur ein klares Erkennen der wirtschaftlichen Notwendigkeit, ein eifernes Muth, das zwingt, allen denen die Hände zu reichen, die Hilfe und Befundung spenden können. Das Protokoll, das uns in dem Ergebnis der bisherigen deutsch-französischen Handelsverhandlungen gesetzt wird, läßt diese französische Erkenntnis erkennen. Vor einigen Monaten noch ein starres Nein, Unnahbarkeit gegenüber den Notwendigkeiten gegenüber, die zu einer Behebung der europäischen Wirtschaftskrise führen könnten. Und jetzt? Es wäre verfehlt, über das jetzt Erreichte ein Triumphgeschrei zu erheben. Bezeichnen wir es lieber als einen Anfang, einen Anfang, der sich nur dann zu einem Erfolg ausprägen kann, wenn eine Fortsetzung in einem ungleich energiegeladeneren Tempo folgt.

In der Basis, die jetzt in Paris für die kommenden deutsch-französischen Handelsverhandlungen festgelegt wurde, ist die Hauptaufgabe, die früher ein Weiterverhandeln unmöglich machte, beseitigt worden. Das französische Verhalten, vier Jahre lang das deutsche Zollniveau zu binden, während eine Festlegung des französischen Zoll-niveaus nicht erfolgen sollte, hat sich in dem neuen Abkommen bedeutend geändert. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die Lösung, die man in Paris gerade in diesem Verhandlungspunkt fand, in ihren Einzelheiten nicht veröffentlicht wird. Es ist daher schwierig, festzustellen, wie weit das deutsche und wie weit das französische Entgegenkommen in dieser Frage zu werten ist. Man weiß nur, daß Deutschland einer Erhöhung des französischen Zoll-niveaus zustimmt, für den Fall, daß eine weitere Verschlechterung des Frankenkurses um mindestens 20 v. H. eintritt. Immerhin, das bisher Erreichte gibt zu der Hoffnung Veranlassung, daß vielleicht schon im Anfang des kommenden Jahres die Unterzeichnung eines deutsch-französischen Handelsvertrags erfolgen kann. Das ist eine frohe Weihnachtserkenntnis.

Neben den energisch fortgesetzten Verhandlungen mit Deutschland sieht Paris unermüdet seine Bemühungen fort, eine Sanierung der französischen Finanzen herbeizuführen. Man hört jetzt von allerlei Plänen, die vorliegen und alle denselben Kurs einschlagen. Des neuen Finanz-ministers Doumer heftigste Gegner, die französischen Sozialisten, haben so eine Art von Programm ausgearbeitet, das sie der Kammer vorgelegt haben. Als Rettungsaktion schlagen sie vor, eine staatliche Verwaltungsstelle einzurichten, die unter der Kontrolle der Regierung nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitet wird und in deren Verwaltungsrat alle einschlägigen Interessen vertreten sein sollen. Man schlägt weiter die Ausgabe von hypothekentragenden Obligationen in Höhe von 2 Milliarden vor. Die Verteilung der überschüssigen Gewinne soll bis zu einer Höchstgrenze von 25 Prozent gelangen. Den Inhabern der Kriegsbonds und der Schananelihen werden je 10 Milliarden reserviert. Der Rest gelangt zur freien Ausrichtung. Der Arbeitskreis dieser Verwaltungsstellen steht seine Kraft aus dem französischen Tabakmonopol. Das sozialistische Projekt läuft also in der Hauptsache darauf hinaus, eine Nationalisierung der Tabakindustrie herbeizuführen. Neben diesen sozialistischen Vorschlägen haben auch die vier Fraktionen der Kammer einen Ausschuss eingebracht, der ein gemeinsames Finanzprogramm der Fraktionen ausarbeiten soll. Hauptpunkte dieses Programms: obligatorische Selbstversicherung mit schweren Strafen für Hinterziehung, sehr hohe Steuern auf die Kapitalrenten, Erhöhung der Einkommensteuer, Erhöhung der Steuern auf landwirtschaftlichen Grundbesitz. Also alles in allem ein Plan, in dem man ein durchgreifendes Reformwerk nicht erblicken kann.

Ein außerordentliches Gewicht muß man dem Schritt der nordfranzösischen Industriellen belegen, die vorschlagen, daß die französischen Industrieanlagen in Form einer Synthese als Bürgschaft für eine neue Dollaranleihe gegeben werden. Also ein Plan, der sich ganz nach dem Beispiel der deutschen Rentenmark richtet. Wie aus der Pariser Presse hervorgeht, wird dieses Projekt von den nachgehenden industriellen Kreisen, auch von denen, die bisher zu den Verhandlungen noch nicht hinzugezogen wurden, mit hartem Wohlwollen aufgenommen. Welche Bewältigung der letzte Kabinettsrat, der über dieses Angebot der Industrie beriet, gefast hat, ist noch nicht bekannt. Nebenfalls hat man an den verantwortungsvollen Stellen in Paris erkannt, daß hier ein Vorschlag vorliegt, der ungleich eher zu einer Sanierung führen könnte, als all die bisherigen stielich hilflosen Projekte, mit denen man die Kammer in der letzten Zeit beschäftigte.

Neue Erörterungen über die Regierungsfrage.

Berlin. Wie wir hören, werden die parlamentarischen Kreise am Dienstag und Mittwoch neue Erörterungen über die Regierungsfrage abhalten, die nach dem Scheitern der Großen Koalition bis nach Weihnachten vertagt worden ist. Das Zentrum und die Demokraten haben sowohl die Deutsche Volkspartei als auch die Sozialdemokratie zu einer neuen Aussprache eingeladen, um wenigstens nach Weihnachten dem Reichspräsidenten von Hindenburg weitere Vorschläge unterbreiten zu können. Der Reichspräsident hat übrigens die Parteien wissen lassen, daß er die Vorsitzführer in der letzten Dezemberwoche nochmals zur Beipredung der Regierungsfrage zu empfangen wünscht.

Die Deutsche Volkspartei für ein Kabinett der Mitte.

Berlin. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird sich die Deutsche Volkspartei bei den kommenden Vorgesprächen über die Kabinettsbildung mit allem Nachdruck für die Bildung einer Regierung der Mitte einsetzen, und entsprechend ihrer bisherigen Haltung die Betrauung Dr. Luthers in Vorschlag bringen. Was die vom Zentrum geforderte Wiederaufrichtung der Verhandlungen über die Große Koalition betrifft, so ist die Deutsche Volkspartei der Ansicht, daß nach dem Scheitern der Bemühungen Dr. Kochs keine weitere Zeit mit einem solchen ausichtslosen Versuch verloren gehen dürfe.

Besserung der deutschen Handelsbilanz.

Berlin. Wie gemeldet wird, hat der deutsche Außenhandel im November abermals eine bemerkenswerte Besserung erfahren. Einer reinen Wareneinfuhr von 857,5 Millionen Mark steht eine reine Warenausfuhr von 791,8 Millionen Mark gegenüber, so daß sich die Passivität der Handelsbilanz auf 65,7 Millionen Mark verringert hat. Im gleichen Monat des Vorjahres wies die Handelsbilanz ein Übergewicht der Einfuhr über die Ausfuhr von 405 Millionen Mark auf. Da erfahrungsgemäß der Dezember ein Monat niedriger Einfuhr und erhöhter Ausfuhr ist, so ist im laufenden Monat damit zu rechnen, daß sich Einfuhr und Ausfuhr fast oder ganz ausgleichen werden. Immerhin hat Deutschland in den ersten elf Monaten des laufenden Jahres ein Passivsaldo seiner Handelsbilanz von 3,7 Milliarden Mark zu verzeichnen.

Gegen das Gemeindebestimmungsrecht.

Berlin. Der Kampf um die Einführung eines Gemeindebestimmungsrechts dringt mehr und mehr in die Öffentlichkeit. Auch der „Deutsche Industrie- und Handelstag“ hat, wie die „Deutsche Wirtschaftszeitung“, das Organ des Deutschen Industrie- und Handelstages, berichtet, unter Berufung auf die bereits erfolgte Eingabe vom 30. Juli 1925 an die zuständigen Stellen eine Eingabe gerichtet, in der der Industrie- und Handelstag darauf hinweist, daß bisher 75 Handelskammern eine Ablehnung des Gemeindebestimmungsrechts ausgesprochen hatten. Die Kammern hielten gleich dem Deutschen Industrie- und Handelstag die jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen, bei richtiger Anwendung, für ausreichend, dem Alkoholmißbrauch wirksam zu fernern. Außerdem enthalte der Entwurf eines allgemeinen deutschen Strafgesetzes in seinen Paragraphen 44, 52, 335-339 sehr scharfe Bestimmungen gegen den Alkoholmißbrauch. Es könne daher keinem Zweifel unterliegen, daß es zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs eines Gesetzentwurfs nicht bedürfe. Das Gemeindebestimmungsrecht sei nicht nur überflüssig, sondern es würde direkt schädlich wirken. Es sei nur auf die Tatsache zu verweisen, daß eine örtliche Regelung der Alkoholkontrolle dazu führe, daß bestimmte Gebiete den Alkoholverbrauch einschränken oder vollkommen trocken gelegt würden; andere dagegen weiter in dem bisherigen Zustand verharren. Daraus ergäbe sich zwingend, daß ein Schleichhandel mit geistigen Getränken einlegen würde, bei welchem erfahrungsgemäß sowohl die Güte und Herstellung der geistigen Erzeugnisse leide, wie auch der Handel vollkommen in der Hand ungeeigneter Persönlichkeiten ruhe und ein illegitimer Handel künstlich großgezüchtet würde. Es sei richtiger, daß die Regierung zusammen mit den berufenen Vertretern der beteiligten Gewerbezweige sich als Ziel setze, eine die Volksgesundheit schädigende Herstellung von geringwertigen geistigen Erzeugnissen zu verhindern, anstatt durch die Einführung des Gemeindebestimmungsrechts den Weg zur Entstehung eines Schleichhandels zu öffnen, der sich der Beobachtung der im Interesse der Volksgesundheit notwendigen Erzeugungs-schritte ebenso zu entziehen wüßte, wie er in der Lage sein würde, das Alkoholausschankverbot in den trocken gelegten Gemeinden zu umgehen. Der von den Alkoholgegnern befürwortete Weg des Gemeindebestimmungsrechts sei daher nicht als ein geeigneter Vorschlag zur Lösung des allgemeinen Problems zu betrachten.

Zur Lage in Syrien.

London. (Funkpruch.) Wie die Times aus Beirut meldet, zeigten die Anstöße in der Gegend von Damaskus und Hasbaya erneute Tätigkeit. Tounenel hat den Rücktritt des Gouverneurs des Staates Syrien Suddu Bey Barakat, der ein Türke ist, angenommen.

Die Wirtschaft gegen die Steuerpolitik.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

In den führenden Wirtschaftskreisen hat man sich immer mehr entschlossen, eine energische Aktion gegen die Steuerpolitik der Regierung einzuleiten, die immer drückender auf der gesamten Wirtschaft lastet. Angesichts des schroffen Vorgehens der Steuerbehörden sind in den letzten Wochen zahlreiche Beschwerden an die Reichsfinanzbehörden gerichtet worden, in denen darauf hingewiesen wird, daß die rigorose Steuerentlastung dazu geeignet sei, den Betrieben die letzten Mittel zur Aufrechterhaltung der Erzeugung zu nehmen. Inzwischen hat der Reichsverband der deutschen Industrie bereits in dem von ihnen veröffentlichten Wirtschaftsprogramm die Forderung aufgestellt, das Reich müsse den Etat um mindestens 20 Prozent vermindern und mit dem Abbau der bisherigen Steuerpolitik beginnen, wenn nicht die Gefahr eintreten soll, daß die Wirtschaft unter den finanziellen Lasten endgültig zusammenbricht. Der fortschreitende Verfall der deutschen Industrie ist nach Auffassung der maßgebenden wirtschaftspolitischen Kreise zum großen Teil auf die verfehlte Steuerpolitik des Reiches zurückzuführen, durch die die deutsche Wirtschaft immer mehr in ihrer Lebenskraft geschwächt worden ist. In einer Versammlung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Düsseldorf wurde mit nachdrücklichem Ernst darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung und die Reichstagsmehrheit anscheinend keine Ahnung davon haben, wie es in der deutschen Wirtschaft wirklich aussieht. Die Wirtschaft könne sich die Art und Weise, wie auf ihr herumgetrampelt wird, auf die Dauer nicht gefallen lassen.

In der letzten Zeit ist im Reichstag wiederholt die Forderung ausgesprochen worden, daß endlich die Umsatzsteuer ermäßigt wird, die zur Vertreibung der gesamten Produktion in geradezu ungeheurer Weise beigetragen hat. Der damalige Reichsfinanzminister von Schuler hat es jedoch zu verhindern gewußt, daß die Umsatzsteuer auf einen Satz von 2 Prozent gehalten wurde. Die Folge davon ist, daß gerade die Entlastung der Umsatzerlöse den denkbar größten Schwierigkeiten begegnet, weil die meisten Betriebe nicht in der Lage sind, diesen hohen Steuerlast anzubringen, und mit der Zahlung häufig im Rückstand bleiben. Aus führenden wirtschaftlichen Kreisen wird uns berichtet, daß die Reichsfinanzpolitik gerade durch die hohen Umsatzsteuersätze eine Verringerung ihrer Einnahmen herbeigeführt hat, weil durch die außerordentliche Verteuerung der Erzeugnisse eine derartige Verminderung des Umsatzes eingetreten ist, das den denkbar stärksten Ausfall an Einnahmen mit sich bringen muß. Als die Umsatzsteuer eingeführt wurde, beantragte man sich mit einem Satz von 3 pro Mille, der von der Wirtschaft zwar nicht als drückend empfunden wurde, der aber aus-reichend genug war, um die Preise der von Hand zu Hand gehenden Waren, die bei jedem Wechselliefer von neuem besteuert werden müssen, beträchtlich zu erhöhen. Unter den heutigen Verhältnissen sind die Fertigwarenprodukte, bis sie an den Konsumenten gelangen, mindestens sieben bis acht-mal mit der Umsatzsteuer belegt, so daß die gesamte Umsatzsteuer 14 bis 16 Prozent ausmacht. Daraus ergibt sich eine Belastung, die die deutschen Erzeugnisse gegenüber den ausländischen wesentlich verteuert, die bei ihrer Einfuhr nach Deutschland nur ein oder zweimal besteuert zu werden brauchen.

Die kommende Reichsregierung wird unter keinen Umständen an der gegenwärtigen Steuerpolitik festhalten können, wenn sie nicht Gefahr laufen will, ein vollständiges Fiasko zu erleben. Gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo man sich sehr eifrig über das kommende Regierungsprogramm auseinandersetzt, werden die Parteien gezwungen sein, den Forderungen der Wirtschaft in entsprechendem Maße Rechnung zu tragen. Einzelne Parteien haben sich schon auf den Standpunkt gestellt, daß man die Umsatzsteuer auf ein Prozent herabsetzen muß. Diese Ermäßigung reicht aber bei weitem noch nicht aus, um die Lasten der deutschen Wirtschaft zu mildern. Bedauerlicherweise wehrt sich das Reichsfinanzministerium auch jetzt noch gegen die Ermäßigung der Umsatzsteuer, so daß wegen dieser Frage voraussichtlich noch sehr ernste Schwierigkeiten eintreten werden.

Das Explosionsunglück in Merlenbach.

Saarbrücken. Bei dem Explosionsunglück in Merlenbach, von dem wir gestern berichtet haben, sind 25 Schulkinder und etwa ebensoviel Arbeiter verletzt worden. Der Sachschaden wird auf 10-12 Mill. Franken geschätzt, da die wertvollen Maschinen der Sauerstoff-Fabrik in der benachbarten Ortschaft Freimengen vernichtet worden sind. Auch die wertvollen gemalten Fenster der Kirche in Freimengen sind zerstört worden. Ueber die Ursache des Unglücks ist noch nichts bekannt geworden. Die Zugänge zu der Unglücksstätte sind in weitem Umkreis abgeperrt. Es sollen 20 Risten mit je 25 kilo Dynamit in die Luft geflogen sein.

Zwei Todesopfer in Merlenbach.

Wie die Saarbrücker Zeitung meldet, sind bei der Explosion des kleinen Dynamitlagers bei Merlenbach zwei Arbeiter getötet worden.

Schweres Eisenbahnunglück bei Riessa.

Berlin. (Funkpruch.) Auf einer neuerbauten Eisenbahnlinie in der Nähe von Riessa stieß gestern abend eine Rangierlokomotive mit einem Arbeitszug, auf dem sich etwa 20 Arbeiter befanden, auf dem Wabzug von Banca zusammen. Der Arbeitswagen stürzte um, 5 Arbeiter wurden sofort getötet und mehrere schwer verletzt.